

B

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

Ausgabe Februar 2015

**ANREIZSYSTEM FÜR
ERFOLGREICHE EINGLIEDERUNG:
CDU FORDERT
INTEGRATIONS-
GESETZ**

Thema des Monats
**MIT ANREIZSYSTEM ZU ERFOLGREICHER
INTEGRATION**

Aktuell
„BOYKOTT IST SCHROTT“

Klartext
**MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGS-
FREIHEIT IN ZEITEN VON PEGIDA**

Aus dem Parlament
ZUWANDERUNGSSTOPP IM WALD

Aktuell
**DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT IN
NIEDERSACHSEN**

Aktuell
**KRANKENHAUSFINANZIERUNG:
ROT-GRÜNE TATENLOSIGKEIT**

EDITORIAL

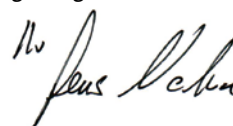


Sehr geehrte Damen
und Herren,

wenn am Sonntag Landtagswahl wäre, würde die CDU ihr Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2013 deutlich auf über 40 Prozent der Wählerstimmen verbessern. Die SPD hingegen würde klar an Stimmen verlieren. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage im Auftrag der CDU in Niedersachsen.

Die Wählerinnen und Wähler merken zunehmend, dass die Regierung Weil ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Wichtige Probleme, wie der wirksame Schutz vor islamistischem Terror, die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, die Krankenhausversorgung im ganzen Land oder der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, werden nicht angepackt. Der Grund: SPD und Grüne sind sich immer häufiger nicht einig.

Hinter den Kulissen streiten sie wie die Kesselflicker. Die Fassade einer funktionierenden Regierung wird nur mühsam aufrecht gehalten. In Wirklichkeit geben ideologische Einzelgänger den Ton an. Der Posten ist inzwischen wichtiger als die Aufgabe. Es ist 2015 die Aufgabe der CDU, Alternativen zu entwickeln und Lösungen einzufordern. Stillstand werden wir nicht hinnehmen. Niedersachsen ist stark. Es hat auch eine starke Regierung verdient.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

MIT ANREIZSYSTEM ZU ERFOLGREICHER INTEGRATION

Deutschland als Zuwanderungsland immer beliebter – CDU-Landtagsfraktion fordert Integrationsgesetz für Niedersachsen

Seit einiger Zeit erlebt Deutschland einen bislang ungekannten Zuwanderungsboom. Lag das Land 2009 im „Internationalen Migrationsausblick“ der OECD noch auf Platz acht, ist es seit 2013 das beliebteste Einwanderungsland nach den USA. In keinem anderen Industrieland der OECD ist die Zuwanderung so stark angestiegen – 2013 kamen rund 465.000 Menschen nach Deutschland. Erste Prognosen für 2015 deuten einen weiteren Anstieg an.

Besonders attraktiv ist Deutschland dabei für EU-Bürger: rund drei Viertel der Zuwanderer kommen aus Europa – vorrangig aus den von der Finanzkrise gebeutelten südeuropäischen Staaten wie Spanien, Griechenland und Portugal sowie den Ländern Osteuropas, denen kürzlich die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wurde. Auch die Zahl der Asylbewerber ist deutlich angestiegen – jeder fünfte Asylbewerber in den OECD-Staaten stellte 2013 seinen Antrag in Deutschland.

„Wille zu Integration muss

Vorteile verschaffen“

Im Hinblick auf den demografischen Wandel in Deutschland und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel ist der deutliche Anstieg der Zuwanderung begrüßenswert – er stellt die Politik aber zugleich vor neue Herausforderungen. Die Integration von Einwanderern galt bisher nicht gerade als Markenzeichen der deutschen Zuwanderungspolitik. In Niedersachsen will die CDU-Landtagsfraktion das ändern.

Sie fordert ein Integrationsgesetz, mit dem Leistungen für Zuwanderer an bestimmte Pflichten gekoppelt werden sollen. „Wir müssen endlich wegkommen von politisch korrekten und beschönigenden Debatten über Migration. Deutschland ist ein aus-

länderfreundliches und tolerantes Land – und darüber hinaus auf Einwanderung angewiesen“, sagt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Björn Thümler. „Aber wenn eine Gesellschaft Zuwanderer mit offenen Armen aufnimmt, darf sie auch Erwartungen haben und formulieren.“

Im Mittelpunkt des neuen Gesetzes soll deshalb ein Anreizsystem stehen, um die aktive Teilnahme an Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer attraktiv zu machen. Thümler: „Der Wille zur Integration muss Vorteile verschaffen. Denkbar wäre zum Beispiel der schnellere Erwerb einer Niederlassungserlaubnis.“ Eine ablehnende Haltung gegenüber Integrationsangeboten müsse jedoch zugleich sanktioniert werden können.

Sprache als Schlüssel zur

erfolgreichen Integration

Einen besonderen Schwerpunkt will die CDU-Fraktion auf den Spracherwerb setzen. „Die Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt. Sie ist das verbindende Element zwischen den Menschen. Belastbare Deutschkenntnisse müssen unsere Mindestanforderung an die Integrationsbereitschaft sein“, so Thümler. So könnten Einwanderer aus nicht EU-Staaten und bereits hier lebende Ausländer, die in Niedersachsen Hartz IV beziehen, zu Sprachkursen verpflichtet werden.

Klar ist aber auch: Wenn sich das Land zu einem solchen Schritt entschließt, müssen auch ausreichend Angebote für Sprachkurse geschaffen werden. „Jeder Zuwanderer muss die Möglichkeit haben, an einem entsprechenden Kurs teilnehmen zu können“, betont Thümler. „Das kostet natürlich Geld – aber eine

erfolgreiche Integration muss uns auch etwas wert sein.“ Einen konkreten Entwurf für ein Integrationsgesetz will die CDU-Fraktion möglichst zeitnah vorlegen. Eine bereichsübergreifende interne Arbeitsgruppe arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf.

Punktesystem für Zuwanderung

nach kanadischem Vorbild

Auch im Hinblick auf die Integration von hochqualifizierten Zuwanderern in den niedersächsischen Arbeitsmarkt sieht CDU-Fraktionschef Thümler Nachholbedarf. „Wir müssen dringend die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen verbessern. Nur so können wir auf Dauer die Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, die die niedersächsische Wirtschaft so dringend braucht.“

Bislang hapert es gerade in diesem Bereich bundesweit gewaltig. Nur knapp die Hälfte der hochqualifizierten Zuwanderer in Deutschland ist ihrem Ausbildungsniveau entsprechend beschäftigt. Die Konsequenz: Einwanderer mit einem Hochschulabschluss bevorzugen Länder wie die USA, Australien und Kanada. In der OECD-Statistik belegt Deutschland im Hinblick auf die Qualifikation der Zuwanderer einen der hinteren Plätze.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Zuwanderung in Deutschland bislang relativ ungesteuert abläuft. Abhilfe könnte die Einführung eines Punktesystems schaffen. Als Vorbild sieht die CDU-Fraktion das kanadische System. Einwanderer werden dabei nach festgelegten Kriterien – dazu zählen unter anderem Ausbildung, Sprachkenntnisse und Alter – ausgewählt. Erreicht ein Kandidat eine hohe Punktzahl, darf er einreisen. Werden die Kriterien nicht vollumfänglich erfüllt besteht die Möglichkeit, den Lebenslauf in eine Datenbank einzustellen – bei einem konkreten Stellenangebot kann die Einwanderung dann zügig erfolgen.

Ähnliche Systeme gibt es auch in vielen deutschen Nachbarstaaten wie zum Beispiel in Österreich, Dänemark oder den Niederlanden. „Über ein solches Punktesystem ließe sich die Zuwanderung in Deutschland sinnvoll steuern – gleichzeitig bedeutet es für die Einwanderer mehr Sicherheit im Hinblick auf ihr Aufenthalts- und Arbeitsrecht“, erklärt Thümler.



CDU-Fraktionschef Björn Thümler plädiert für ein niedersächsisches Integrationsgesetz.
Foto: dpa

AKTUELL

„BOYKOTT IST SCHROTT“

Das rot-grüne Schulchaos in Niedersachsen hält an – die Schüler wollen nicht länger die Leidtragenden sein und demonstrieren für ein Ende des Klassenfahrtboykotts

Ob ein Ausflug in den Harz, eine Reise an die Küste oder ein Trip nach Berlin – Klassen- und Kursfahrten zählen zu den Höhepunkten der Schulzeit. In Niedersachsen müssen die Schüler vieler Gymnasien seit Monaten genau darauf verzichten. Das wollen sie nicht länger hinnehmen. Rund 3.000 Schüler aus dem ganzen Land demonstrierten deshalb im Januar in Hannover und forderten ein Ende des Klassenfahrt-Boykotts. Unter Rufen wie „Was ist eine Schule ohne Klassenfahrten?“ oder „Boykott ist Schrott“ zogen sie durch die Innenstadt. Auch in Stade gingen mehr als 1.000 Schüler auf die Straße.

Seitdem die rot-grüne Landesregierung die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer um eine Stunde aufgestockt hat, lassen viele von ihnen Kurs- und Klassenfahrten ausfallen, um so gegen die angeordnete Mehrarbeit zu protestieren. Klar, dass das den Schülern nicht gefällt. Auch der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried zeigt Verständnis für ihren Unmut: „Die Schüler leiden unter der Schulpolitik von SPD und Grünen. Sie müssen ausbaden, dass Kultusministerin Heiligenstadt die Lehrerschaft gegen sich aufgebracht hat. Das lassen sie sich nicht bieten – und fordern zu Recht, dass die Ministerin sich endlich bewegt. Die Proteste zeigen, wie schlecht die Stimmung insbesondere an den Gymnasien überall im Land ist.“

Doch auf ein positives Signal der Ministerin warteten die Schüler vergeblich. Sie ließ sich nicht blicken – auch nicht, als der Hannoveraner Protestzug am Kultusministerium Halt machte. Lediglich eine kleine Delegation bekam die Gelegenheit, mit Heiligenstadt zu sprechen und eine Petition von knapp 5.000 Schülern aus ganz Niedersachsen zu übergeben. Die Forderung: Der Streit zwischen Politik und Lehrern soll nicht mehr länger auf ihrem Rücken ausgegossen werden und der Klassenfahrt-Boykott endlich beendet werden.

Auch Seefried fordert ein Ende des Konflikts zwischen der Kultusministerin und den Lehrern. So müsse die Arbeitszeiterhöhung zurückgenommen und älteren Lehrkräften die versprochene Altersermäßigung gewährt werden. „Die Ministerin hat es selbst zu verantworten, dass die Protestwelle gegen ihre Politik jetzt nach der Lehrerschaft auch die Schülerschaft erreicht. Sie hat Mehrarbeit angeordnet und verweigert den Dialog mit den Betroffenen. Mit den Lehrerverbänden liegt sie im Rechtsstreit“, stellt der CDU-Schulexperte fest.



Auch Niedersachsens Schüler haben längst begriffen: Rot-Grün hat keine Ahnung, wie gute Bildungspolitik funktioniert.



Kai Seefried, MdB – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Die gegen die Gymnasien gerichtete Schulpolitik der Kultusministerin kommt auch bei der niedersächsischen Bevölkerung nicht gut an – das bestätigt eine aktuelle Umfrage der GMS Dr. Jung GmbH: Mehr als die Hälfte der niedersächsischen Bürger fordert demnach den Erhalt der Gymnasien und des Leistungsgedankens. „Rot-Grün regiert an den Bürgern vorbei. Die Niedersachsen wollen ihre starken Gymnasien behalten. Sie wollen, dass Leistung sich weiter lohnt. Kultusministerin Heiligenstadt ist mit ihrem Schulgesetzentwurf völlig auf dem Holzweg. Ministerpräsident Weil muss endlich handeln und diesen unsinnigen Gesetzentwurf stoppen“, betonte Seefried.

KLARTEXT:

MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

IN ZEITEN VON PEGIDA

von Angelika Jahns

Meinungs- und Versammlungsfreiheit zählen zu den höchsten Gütern unserer Gesellschaft. Geschützt durch die Artikel 5 und 8 des Grundgesetzes bilden sie das Fundament, auf dem unsere freiheitliche und demokratische Kultur fußt. Wesentlicher Bestandteil dieser Kultur ist Toleranz – Toleranz gegenüber denjenigen, die in ihren Meinungen vom gesellschaftlichen Konsens abweichen. Das bedeutet, dass unsere Gesellschaft die öffentliche Demonstration von Meinungen, die nicht von der Mehrheit geteilt werden, aushalten können muss, solange sie nicht gegen das Gesetz verstößt.

Es ist eine harte Probe, auf die diese Toleranz gegenwärtig durch die Pegida-Märsche in zahlreichen deutschen Städten gestellt wird. Doch auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Positionen der Bewegung nicht teilt, ist es nicht hinnehmbar, wenn die Demonstrationen angegriffen oder, wie in Hannover geschehen, von Gegendemonstranten aus dem linken Lager mit Böllern beworfen werden.

Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass sich angesichts von Terrorwarnungen gegen islamkritische Demonstrationen in Deutschland ein Klima der Angst breitmacht. Demonstrationsverbote wie in Dresden müssen die absolute Ausnahme bleiben. Wenn wir uns durch Anschlagsdrohungen in unseren Grundrechten einschränken lassen, haben die Terroristen ihr Ziel erreicht.



Angelika Jahns, MdB – innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

„Wir sind das Volk“, skandieren die Pegida-Anhänger in Dresden, Leipzig oder Hannover. Davon kann angesichts der vielen, zahlenmäßig überlegenen Gegendemonstrationen im ganzen Land keine Rede sein. Das heißt aber nicht, dass man sie als nicht ernstzunehmende gesellschaftliche Randgruppe abstempeln darf.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang klar zu differenzieren: zwischen den fraglos zwielfichtigen Pegida-Initiatoren um den inzwischen zurückgetretenen Mitbegründer Lutz Bachmann oder den Mitgliedern verschiedener rechtsextremer Gruppierungen, wie sie offenbar auch unter den Hagida-Teilnehmern zu finden sind, auf der einen Seite. Und dem Großteil derer, die sich den so genannten Spaziergängen anschließen, auf der anderen. Ihnen reflexartig den Stempel „rechtsradikal“ aufzudrücken, ist zu einfach. Wir müssen uns fragen, was diese Menschen zu Tausenden auf die Straße treibt.

Dass uns ihre Ängste diffus und überzogen erscheinen, heißt nicht, dass sie nicht real sind. Indem wir den Demonstranten mit Ablehnung begegnen, machen wir Pegida nur noch stärker. Stattdessen müssen wir mit einer offenen und ehrlichen Debatte – die die Themen Zuwanderung, Asylbewerber, Flüchtlinge und Islamismus voneinander trennt, statt sie weiter zu vermischen – dafür sorgen, dass den Demonstranten ihre Ängste genommen werden und Pegida damit überflüssig wird.

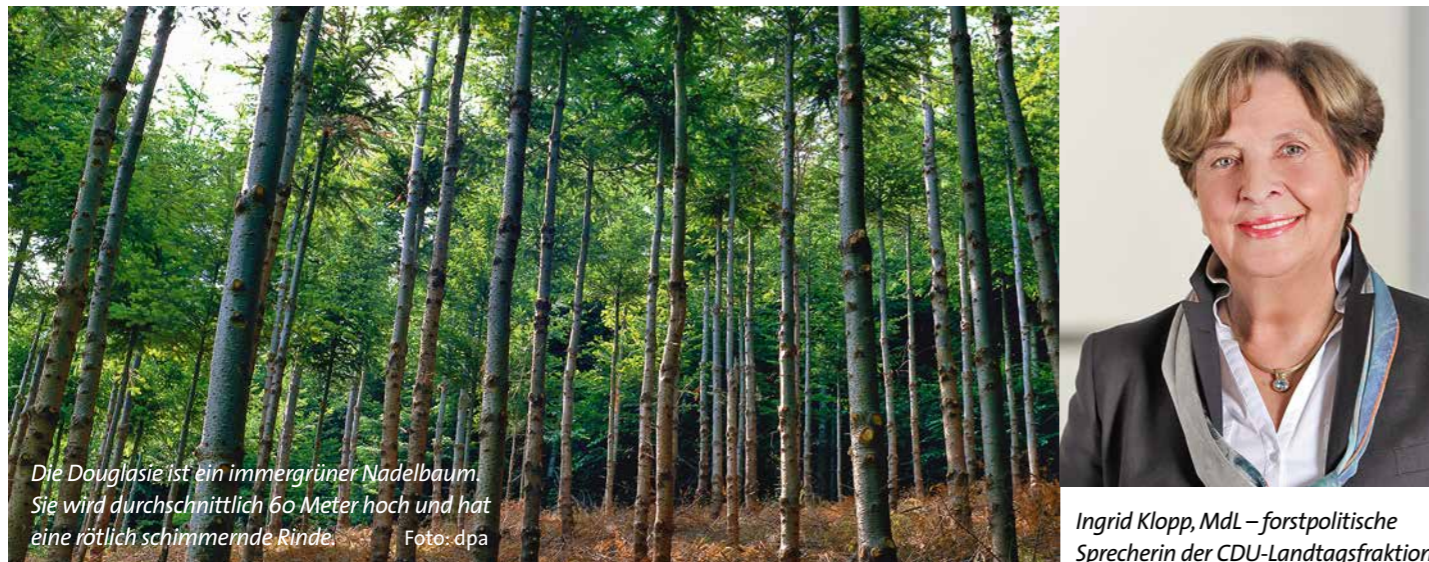
In der Unterzahl: Rund 200 Teilnehmer kamen Anfang Januar zu der islamkritischen Demonstration des Hannoveraner Pegida-Ablegers „Hagida“ – ihnen gegenüber standen mehr als 19.000 Gegendemonstranten.

Foto: dpa

AUS DEM PARLAMENT

ZUWANDERUNGSSTOPP IM WALD

Obwohl sich die Douglasie optimal in Niedersachsens Wälder integriert hat, will Landwirtschaftsminister Meyer ihren Anbau nicht länger fördern – weil sie nicht von hier stammt ...



Die Douglasie ist ein immergrüner Nadelbaum. Sie wird durchschnittlich 60 Meter hoch und hat eine rötlich schimmernde Rinde. Foto: dpa

Ingrid Klopp, MdL – forstpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Der Öko-Wahn von Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer nimmt immer abstrusere Formen an. Nach den Schweinen und den Legehennen, bei denen künftig die Schwänze nicht mehr kupiert beziehungsweise die Schnäbel nicht mehr gekürzt werden dürfen – obwohl der alternativlose Verzicht nachweislich zu mehr Tierleid führt – trifft es nun den niedersächsischen Wald. Der muss nämlich in Zukunft auf Anordnung des Ministers auf einen seiner leistungsstärksten Zuwanderer verzichten: die Douglasie. Weil das Landwirtschaftsministerium sie als „invasive, fremdländische Art“ einstuft, soll ihr Anbau in Niedersachsen künftig nicht mehr subventioniert werden.

Über 130 Jahre bestens bewährt

Dabei ist der ursprünglich aus Nordamerika stammende Nadelbaum in mitteleuropäischen Gefilden längst nicht mehr so fremd, wie das Ministerium behauptet. Einige Gattungen waren hier bereits vor der letzten Eiszeit heimisch – starben dann jedoch aus. „In Niedersachsen wird die Douglasie bereits seit über 130 Jahren angebaut und hat sich bestens bewährt“, betont Ingrid Klopp, forstpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Auch die forstlichen Versuchsanstalten in Niedersachsen bewerten die Douglasie nach mehr als hundertjährigen Anbauversuchen als eine der eingebürgerten Arten, die für die niedersächsischen Wälder am zuträglichsten sind. In ihrem Entschließungsantrag „Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen sinnvoll gestalten“ fordert die CDU-Fraktion deshalb, dass die Baumart ohne Einschränkungen dauerhaft förderfähig bleibt.

Anders als viele einheimische Bäume neigt die Douglasie nicht zu Schädlingsbefall, hat einen relativ geringen Wasserbedarf und ist mit ihrer soliden Verwurzelung im Erdreich bestens für die immer häufiger über Niedersachsen hinwegfegenden Herbst- und Winterstürme gerüstet. Kurz: Der Klimawandel mit längeren Trockenphasen und zunehmenden Extremwittersituationen macht der Douglasie deutlich weniger aus, als den meisten heimischen Nadelbäumen. Klopp: „Im Hinblick auf die Widerstandsfähigkeit der niedersächsischen Wälder stellt die Douglasie eine echte Bereicherung dar – ihren Anbau jetzt unter fadenscheinigen Gründen aus der Förderung zu nehmen ist völliger Unsinn.“

Widerstandsfähiges Multitalent

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht gilt die Douglasie als Baum der Zukunft. Sie wächst deutlich schneller als die meisten einheimischen Bäume und ist damit früher erntereif. Zudem ist ihr festes Holz bei der Industrie als Baumaterial sehr beliebt – die Nachfrage steigt stetig an. „Ganz nebenbei wirkt sich die Douglasie auch noch positiv auf die Qualität des Bodens, auf dem sie steht aus“, so Klopp. „Ein echtes Multitalent also. Umso unverständlicher ist es, das der Landwirtschaftsminister ihren Anbau nun eindämmen will.“

Wie soll die Zukunft der Landwirtschaft in Niedersachsen aussehen? Mit dieser Frage hat sich seit März vergangenen Jahres ein von der CDU-Landtagsfraktion initiiertes Runder Tisch beschäftigt. Jetzt hat die Arbeitsgruppe „Die Zukunft der Landwirtschaft: Verantwortung für die Schöpfung“ ihre Ergebnisse vorgelegt. Die 23-seitige Broschüre umfasst insgesamt neun „Kernziele“, die Orientierung für die künftige Ausgestaltung der niedersächsischen Agrarpolitik bieten sollen. Leitfaden ist dabei das Prinzip der Nachhaltigkeit. „Es ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit so zu leben und zu wirtschaften, dass auch kommende Generationen die Möglichkeit haben, das Leben nach ihren Bedürfnissen zu gestalten“, sagt der Vorsitzende des Runden Tisches, Staatssekretär a.D. Dr. Hermann Kues. Neben Kues gehören der Kommission insgesamt 17 Multiplikatoren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen an – von der Landwirtschaft, über Wissenschaft und Politik bis hin zu Verbrauchern und Naturschützern.

AKTUELL

DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT IN NIEDERSACHSEN

Runder Tisch legt Ergebnisse vor – Nachhaltigkeit als Leitfaden für Neuausrichtung der niedersächsischen Agrarpolitik

Die Produktivitätssteigerung, die die Landwirtschaft in den vergangenen 100 Jahren erfahren hat, ist enorm: Ernährte ein Landwirt im Jahr 1900 gerade einmal vier Personen, können von seinen Hoferzeugnissen heute durchschnittlich 129 Menschen leben. Parallel zu ihrer Leistungsfähigkeit sind aber auch die Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirtschaft gewachsen. So geht es nicht mehr allein um die Produktion gesunder und sicherer Lebensmittel – Tier- und Naturschutz müssen ebenfalls gewährleistet sein. „Auch für die Landwirte steht inzwischen außer Frage, dass ihre Wirtschaftsweise im Konsens mit der Gesellschaft stehen muss“, so der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Dammann-Tamke. Damit steht die niedersächsische Landwirtschaft in einem Spannungsfeld zwischen Ökonomie, Ökologie und Tierschutz.

Ansprüche an die Landwirtschaft sind gewachsen

Ziel des Runden Tisches war es deshalb auch, die zunehmende Kluft zwischen Verbrauchern und Landwirten zu schließen. Eines der von der Arbeitsgruppe formulierten Kernziele ist daher die fortlaufende Überprüfung und

Kluft zwischen Verbrauchern und Landwirten schließen

Die weiteren Kernziele des Runden Tisches umfassen unter anderem die Verbesserung von Wasserschutz und Nährstoffmanagement, die Förderung landwirtschaftlicher Familienbetriebe sowie die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung.



Stellten gemeinsam die Ergebnisse des Runden Tisches vor: CDU-Fraktionschef Björn Thümler, der Vorsitzende des Runden Tisches Dr. Hermann Kues sowie Fraktionsvize Frank Oesterhelweg und der agrarpolitische Sprecher Helmut Dammann-Tamke (v.r.).

Die CDU-Fraktion identifiziert sich mit den Empfehlungen des Runden Tisches und hat sie per Fraktionsbeschluss bestätigt. „Die Vorschläge sind eine hervorragende Diskussionsgrundlage, die die Agrarpolitik der Fraktion in Zukunft maßgeblich prägen wird“, so CDU-Fraktionschef Björn Thümler. Insofern sei das Papier nicht als Schlusspunkt, sondern als Auftakt eines umfassenden und dynamischen Prozesses zu verstehen.

Die Broschüre mit den Ergebnissen des Runden Tisches finden Sie auf der Internetseite der Fraktion unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.



Die Broschüre mit den Ergebnissen des Runden Tisches umfasst insgesamt 23 Seiten und formuliert neun Kernziele für die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik in Niedersachsen.

AKTUELL

ROT-GRÜNE TATENLOSIGKEIT

Viele Krankenhäuser stehen vor dem finanziellen Kollaps – SPD und Grünen fehlt ein angemessenes Konzept.

Die Situation vieler Krankenhäuser in Niedersachsen ist kritisch: Zwei Drittel der Häuser schreiben rote Zahlen. Bereits im September hat die CDU-Landtagsfraktion deshalb eine Enquete-Kommission zur Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Finanzierung gefordert. Eine solche Kommission bietet Abgeordneten aller Fraktionen, Sachverständigen und Akteuren aus dem Gesundheitswesen die Möglichkeit, gemeinsam ein Konzept für eine Neuausrichtung zu erarbeiten. Über den Antrag muss nun im Ältestenrat entschieden werden – wann genau das passiert, steht noch nicht fest.

Um die Krankenhäuser bis zu einer Entscheidung des Landtages nicht allein zu lassen, setzt sich die CDU-Landtagsfraktion direkt auf Bundesebene für eine angemessene Finanzierung der in den Krankenhäusern erbrachten Leistungen ein: Im Dezember 2014 überreichte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen, gemeinsam mit Vertretern der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, 10.000 Unterschriften für eine ausreichende Krankenhausfinanzierung. „Das Personal der niedersächsischen Krankenhäuser kämpft seit über einem Jahr für eine Verbesserung der Situation. Auf Rot-Grün warten sie dabei vergeblich“, kritisiert Matthiesen. „Die Krankenhäuser sind der zentrale Baustein einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung.“ Im Hinblick auf eine angemessene Krankenhausfinanzierung sind nicht nur die Krankenkassen als Kostenträger, sondern auch das Land gefordert, die benötigten Mittel bereit zu stellen. Ausschließlich dem großen persönlichen Engagement der Krankenhausmitarbeiter sei es zu verdanken, dass die Patienten bisher kaum wahrnehmen, wie schlecht es finanziell um zahlreiche Krankenhäuser in Niedersachsen bestellt sei, so Matthiesen

Neben einer gerechten Angleichung des Landesbasisfallwertes 2015 an den Bundesdurchschnitt ist laut Matthiesen auch eine erhebliche Erhöhung der Landesmittel nötig: Der Investitionsbedarf der Krankenhäuser in Niedersachsen ist groß, denn auch die Grundversorgung kommt heute nicht mehr ohne teure medizinische Geräte aus. Veränderte Ansprüche an die medizinische Versorgung und die Erreichbarkeit von Krankenhäusern ergeben sich auch aus der steigenden Zahl älterer Patienten. „Wenn die Landesregierung nicht gewillt ist, sich für die Finanzierung der medizinischen Versorgung auch in der Fläche einzusetzen, sollte sie das den Menschen und den Mitarbeitern der Krankenhäuser sagen“, betont Matthiesen. „Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik sieht jedenfalls anders aus. Was wir brauchen sind bürgernahe Krankenhäuser und eine Vielfalt verschiedener Träger, die einen gesunden Wettbewerb garantieren.“



Dr. Max Matthiesen, MdL – sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Machen sich mit Vertretern der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft für eine gerechte Finanzierung stark: Dr. Max Matthiesen (l.) und Karl-Josef Laumann (z. v. r. u.).

Bild: Niedersächsische Krankenhausgesellschaft

TERMINE

02. – 03. Februar
Halbjahresferien in Niedersachsen

11. – 15. Februar
ABF-Messe

15. Februar
Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt Hamburg

18. – 20. Februar
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>